
Stefan Mühlhofer

Von der Mahn- und Gedenkstätte zum Erinnerungsort Polizeigefängnis

Überlegungen zur Neukonzeption der Dauerausstellung in der Dortmunder Steinwache

Seit 1992 befindet sich im ehemaligen Polizeigefängnis in Dortmund die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache. Sie ist als kommunal getragener Erinnerungsort Teil des Stadtarchivs. In den letzten Jahren besuchten die Gedenkstätte jährlich über 20.000 Menschen. Die Steinwache gehört damit zu den fünf größten NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen. In ihr wird im Kern die über 30 Jahre alte Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945“ präsentiert. Sie war in ihrer Zeit für viele andere lokale Gedenkstätten ein Vorbild. Trotzdem wurde zuletzt immer deutlicher, dass das Ausstellungskonzept und die Präsentation dringend überarbeitungsbedürftig sind. Im Folgenden werden die ersten Überlegungen zur Neukonzeption der Dauerausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache vorgestellt.¹

1 Die Überlegungen waren Grundlage für die Erstellung von Anträgen zur finanziellen Förderung bei der Bundesbeauftragten für Kultur- und Medien, der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Für Mitarbeit und Unterstützung danke ich Henning Borggräfe, Markus Günnewig, Hanne Lessau und Janosch Steuwer. Zugleich danke ich dem wissenschaftlichen Beirat der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache mit Constantin Goschler als Vorsitzendem und den weiteren Mitgliedern Carsten Dams, Bernd Faulenbach, Alfons Kenkmann und Rikula-Günna Lüttgenau für intensive Diskussionen.

1. Der historische Ort: Das Revier der Dortmunder Polizei an der Steinstraße

Im Zuge der Industrialisierung wuchs die Einwohnerzahl Dortmunds im 19. Jahrhundert explosionsartig. Lebten 1849 noch 10.515 Menschen in der Stadt,² waren es im Jahr 1900 bereits 142.733.³ Auf Wiesen und Feldern nördlich des ehemaligen Dortmunder Burgtors entstand ein neuer Stadtteil, die Nordstadt. Vor allem die Eröffnung der ersten Eisenbahnstrecken nach Dortmund 1847 und 1849 und die Gründung des Stahlwerks Hoesch 1871 urbanisierten dieses Gebiet. In dieser Zeit siedelten sich zunehmend Arbeiter in der Nähe ihrer neuen Arbeitsstätten an. Seit 1858 erfolgten dann systematische Stadtplanungen, es wurde ein Baustadtmeister für die Nordstadt eingesetzt. 1914 lebten rund 60.000 Menschen im Dortmunder Norden.⁴

Die Steinstraße liegt am südlichen Rand der Dortmunder Nordstadt in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof und zur Innenstadt. Bereits seit 1869 befand sich auf dem Anwesen Steinstraße 48 eine Wachstube der Dortmunder Polizei. 1906 wurde an dieser Stelle ein Polizeigebäude für das 5. Dortmunder Polizeirevier errichtet, das für den Bereich des Dortmunder Nordens zuständig war. Um 1926/27 erfolgten bauliche Erweiterungen des Polizeireviers. Das Gebäude wurde um ein zusätzliches fünfstöckiges Verwaltungsgebäude, einen Polizeigefängnisstrakt und einen Verbindungstrakt zwischen beiden Bereichen ergänzt. Neben diesen noch erhaltenen Gebäuden gehörte zu dem von einer hohen Mauer umgebenen Komplex eine heute nicht mehr vorhandene Hofanlage mit Garagen und Werkstätten.⁵

Das Gefängnis bot Platz für 120 Häftlinge und galt in seiner Zeit als eines der modernsten in Deutschland. In der fortschrittlichen Ausstattung – so befanden sich in jeder Zelle Toiletten und nicht die damals noch üblichen „Kübel“ – und den Vorschriften für eine humane Behandlung der Gefangenen zeigte sich ein demokratischer Reformwille der Dortmunder Polizei. In einem Bericht des linksliberalen Dortmunder Generalanzeigers von 1931 steht:

2 Henny Hellwege, Dortmund als Industrie- und Arbeiterstadt, Dortmund 1951, S. 49.

3 Kaiserliches Statistisches Amt (Hg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 26 (1905), S. 9.

4 Vgl. zur Geschichte der Dortmunder Nordstadt: Stadt Dortmund u.a. (Hg.), 100 Jahre Nordmarkt, Dortmund 2009.

5 Vgl. dazu die Bauakten: Stadtarchiv Dortmund, Bestand 163/01 (Steinstraße 50 und 50a).

„Der moderne Strafvollzug hat in anerkennenswertem Ausmaße neue Mittel und Wege gesucht, um das Los derer, die ein straffälliges Opfer der ungeheuren sozialen Not wurden, zu erleichtern. Das gilt vor allem für die kleinen Vergehen, für Untersuchungsgefangene und Haftsträflinge, für die ja zum Teile die Polizeigefängnisse zuständig sind. Und daß schon manches getan ist, zeigt ein Besuch im Dortmunder Polizeigefängnis in der Steinstraße, das nach seiner Modernisierung zu den modernsten deutschen Polizeigefängnissen gerechnet werden kann.“⁶

Der Artikel macht auch deutlich, dass die unterschiedlichen Insassen im Polizeigefängnis Steinwache in den letzten Jahren der Weimarer Republik die gesellschaftlichen Probleme jener Zeit widerspiegelten. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise stiegen vor allem Kleinkriminalität und Obdachlosigkeit an.

In den letzten Jahren der ersten deutschen Demokratie war die Dortmunder Nordstadt auch ein Ort vermehrter politischer Auseinandersetzungen. So wurde die Dortmunder Keimzelle der nationalsozialistischen SA 1925 mit dem „Sturm 83“ in der Nordstadt gegründet. Trotzdem wagte sie sich zu Beginn nur unter starkem Polizeischutz in die Nordstadt, denn das Wohn- und Arbeitsgebiet war sozialdemokratisch und in den letzten Jahren der Republik kommunistisch geprägt.⁷ Als 800 SA-Männer am 16. Oktober 1932 in einem Propagandamarsch durch die Nordstadt ziehen wollten, stellten sich ihnen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Weg. Bei der sogenannten „Schlacht am Nordmarkt“ starben zwei Menschen durch Polizeikugeln.⁸

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler behielt das Polizeigefängnis zwar seine bisherige Funktion, es wurde darüber hinaus aber auch zu einem Zentrum nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen in Westdeutschland. Schon in der Phase des „wilden Terrors“ durch die Hilfspolizisten von SA und Stahlhelm zwischen Februar und August 1933⁹ diente die Steinwache als Folterort für Häftlinge.¹⁰ Seitdem wurde Gewalt für viele Insassen zur

6 „Ein Besuch im Dortmunder Polizeigefängnis“, in: General-Anzeiger für Dortmund, 8.4.1931.

7 Joana Seiffert, „Der Norden, der Dortmunder Wedding, gehört den Arbeitern!“ Politische Gewalt im Dortmunder Norden in der Endphase der Weimarer Republik, unveröff. Magisterarbeit Bochum 2011, S. 25f.

8 Ebd., S. 102–105.

9 Vgl. dazu: Friedrich Wilhelm, Die Polizei im NS-Staat. Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick, Paderborn 1997, S. 47f.

10 Vgl. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen [LA NRW], Abteilung Westfalen, Q 223, Nr. 1293–1303 (Schepmann-Prozess).

prägenden Erfahrung, vor allem bei den Verhören durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo),¹¹ aber auch im täglichen Umgang mit dem Aufsichtspersonal. Für zahlreiche politische Häftlinge verknüpften sich schlimme Erfahrungen mit der „Zelle 19“, die von vielen nachträglich als „Isolierzelle“, „Fertigmachzelle“ oder „Mordzelle“ bezeichnet wurde. Sie war etwa fünf Quadratmeter groß, an den Ecken abgerundet und ohne Einrichtungsgegenstände und diente vor allem in den ersten Jahren der Gestapo dazu, Angehörige des politischen Widerstands zu demütigen, zu quälen und im äußersten Fall zu Tode zu foltern.¹² Die politischen Gefangenen bezeichneten die Steinwache schnell als „Hölle Westdeutschlands“.¹³ Ihre Insassen stammten nicht nur aus dem Dortmunder Stadtgebiet, sondern auch aus den Zuständigkeitsgebieten der lokalen Gestapo und Kriminalpolizei (Kripo), die sich weitgehend mit dem Regierungsbezirk Arnsberg deckten.

Die Polizei war auch im Nationalsozialismus für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig. Zugleich war sie von Beginn an ein zentraler Akteur beim Ausbau und später bei der Sicherung der politischen Herrschaft der Nationalsozialisten. Das gesamte Tätigkeitsfeld der Polizei wurde zunehmend mit Zielen der Gesellschaftspolitik der Nationalsozialisten verwoben. Vor allem die nationalsozialistischen Vorstellungen eines „anthropologischen“ und „hygienischen“ Rassismus wurden immer stärker Grundlage der polizeilichen Arbeit.¹⁴ Die in weiten Polizeikreisen schon vor 1933 favorisierte Kriminalbiologie und die damit verbundene sogenannte „vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ boten dafür einen idealen Ansatz.

Die Insassen der Steinwache waren folglich eine sehr heterogene Gruppe, deren Inhaftierungsgründe von politischen Meinungsäußerungen über das Verteilen von missliebigen Flugblättern bis zur Verhängung von Schutzhaft für Regimegegner reichten. Sie umfassten aber auch Bettelei, Trunkenheit, Diebstahl, Betrug, den § 175 des RStGB,¹⁵ der gegen Homosexuelle gerichtet war,

11 Vgl. dazu auch den Bericht in der niederländischen Druckschrift von 1936 über Verhörmethoden in der Steinwache in: N. Padt, *Recht en wet in Duitsland. Het proces tegen 800 soc.-democraten in het roergebied*, Amsterdam o. J. (1936), S. 9.

12 Günther Högl (Hg.), *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945*. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Dortmund 2002, S. 16.

13 Ebd., S. 17.

14 Vgl. dazu Hans-Walter Schmuhl, *Das „Dritte Reich“ als biopolitische Entwicklungsdiktatur*, in: Jüdisches Museum Berlin (Hg.), *Tödliche Medizin. Rassenwahn im Nationalsozialismus*, Göttingen 2009, S. 8–21, hier S. 12f.

15 Vgl. dazu: Manuel Izdebski, *Die „175er“ wurden bei der NS-Aufarbeitung vergessen*.

und Gewaltverbrechen. Dazu kamen Verstöße gegen die nationalsozialistische Arbeits- und Kriegswirtschaftsordnung. Gleichzeitig wurden mehr und mehr auch die vom individuellen Verhalten entkoppelt Verfolgten, die einem völkischen und rassistischen Gesellschaftsbild der Nationalsozialisten zum Opfer fielen – „Asoziale“¹⁶ Juden und Sinti und Roma –, in die Steinwache eingeliefert. Während ein Teil der Häftlinge schnell wieder entlassen oder an die zuständigen Arbeits- und Sozialämter überstellt wurde, saßen andere oft monatelang in Haft und wurden nicht selten anschließend an die Justiz übergeben oder in Konzentrationslager verschleppt. Folglich besaß die Steinwache als ein im Dortmunder Stadtraum zentral gelegener Haftort große Bedeutung für die lokale Stadtgesellschaft. Gleichzeitig war sie mit einer Vielzahl von anderen „Orten des Terrors“¹⁷ im gesamten NS-Herrschaftsbereich verbunden.

Bis September 1939 führte die Inhaftierung von politischen Gegnern, Sozialverfolgten, Juden und Kriminellen immer wieder kurzfristig zu einer teils erheblichen Überbelegung der Steinwache, auch wenn die Belegungsstärke schon 1933 auf 180 Insassen angehoben worden war.¹⁸ Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges sorgten der Einsatz von Zwangsarbeitern und die Schaffung einer Vielzahl von neuen kriegsspezifischen Straftatbeständen schnell für steigende Häftlingszahlen. Spätestens seit dem Sommer 1942 war die Steinwache dauerhaft mit etwa 600 Häftlingen überfüllt. Dies führte zu katastrophalen hygienischen Verhältnissen. Um die Situation im Polizeigefängnis zu entlasten, wurden die Garagenanlagen auf dem Hof der Steinwache als Ersatzhaftstätten eingerichtet, das Dortmunder Gerichtsgefängnis in der Lübecker Straße mitbenutzt sowie mehrere Straflager für osteuropäische Zwangsarbeiter im Stadtgebiet eingerichtet. Schon während der Reichspogromnacht 1938 inhaftierte die Dortmunder Polizei hunderte jüdische Männer in der Steinwache. Viele von ihnen wurden dann in das KZ Sachsenhausen verschleppt.¹⁹

Über 100 schwule KZ-Opfer aus Dortmund befürchtet. < http://www.queer.de/detail.php?article_id=24015 > (5.8.2015).

16 Vgl. zur Vorbeugehaft gegen „Asoziale“: Elisabeth Elling-Ruhwinkel, *Sichern und Strafen. Das Arbeitshaus Benninghausen (1871–1945)*, Paderborn 2005, S. 254–269.

17 So der Titel des neunbändigen lexikalischen Nachschlagewerks zur Geschichte der Konzentrationslager. Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, München 2005–2009.

18 LA NRW, Abteilung Westfalen, B 206, Nr. 14635.

19 Uwe Bitzel, *Damit kein Gras darüber wächst. Ereignisse um die Pogromnacht 1938 in Dortmund*, Dortmund 1988, S. 76–78. Rolf Fischer, *Verfolgung und Vernichtung. Die Dortmunder Opfer der Shoah*, Essen 2015, S. 39. Vgl. auch den Bericht von Hans Herzberg über seine Verhaftung und Verschleppung ins KZ Sachsenhausen, ebd., S. 43f.

Ab Januar 1942 diente ein großer Saal in der Gaststätte Börse, die unmittelbar nördlich der Steinwache lag, als Sammelort der Gestapo für drei Deportationen von Jüdinnen und Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg, im Januar 1942 in das Ghetto Riga, im Juli des gleichen Jahres in das KZ Theresienstadt und im März 1943 in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.²⁰ Die 1943 nach Auschwitz deportierten Dortmunder Sinti und Roma wurden auf dem angrenzenden Viehmarkt gesammelt.²¹

Bei einem britischen Luftangriff im Oktober 1944 wurden die Hofgebäude des Polizeigefängnisses völlig zerstört. Die Trümmerbeseitigung erfolgte, wie auch schon zuvor in der Innenstadt, durch Häftlinge der Steinwache.²² Das Verwaltungsgebäude und das Gefängnis überstanden den Krieg fast völlig unbeschadet. Nach der Befreiung Dortmunds übernahm zunächst das zentrale Polizeikommando der britischen Besatzungsmacht die Gebäude, mit der Gründung Nordrhein-Westfalens gingen sie dann in den Besitz der neuen Landespolizei über. 1959 wurde das Dortmunder Polizeipräsidium samt der dazugehörigen Arrestzellen in die Markgrafenstraße verlegt. Daraufhin richtete die Stadt Dortmund in dem frei gewordenen ehemaligen Polizeigefängnis von 1961 bis 1986 eine Übernachtungsstelle für Nichtsesshafte ein.²³

Der Gebäudekomplex war in der Folgezeit immer wieder vom Abriss bedroht. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, vor allem der Dortmunder Jugendring²⁴ und das 1980 gegründete Kuratorium „Widerstand und Verfolgung in Dortmund“, setzten sich für den Erhalt des Gebäudekomplexes und eine sinnvolle Umnutzung ein. Dem Kuratorium gehörten unter dem Vorsitz des damaligen Oberbürgermeisters Günter Samtlebe Vertreter der Opferverbände, der Politik, der Gewerkschaften, der Kirchen und weiterer zivilgesellschaftlicher Einrichtungen an. 1985 schließlich begannen der Umbau des Verwaltungsgebäudes zum Sitz der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft (heute Auslandsgesellschaften Nordrhein-Westfalen und Deutschland), Ende 1986 konnte das neue Haus bezogen werden. Zugleich wurde das Stadtarchiv Dortmund zum Bedarfsträger des Gefängnisgebäudes bestimmt.

20 Fischer, Verfolgung (wie Anm. 19), S. 144f., 214f., 251.

21 Stefan Mühlhofer, Ausgrenzung, Entrechtung und Deportation der Sinti und Roma in Dortmund 1933 bis 1945, in: Karola Frings/Ulrich Friedrich Opfermann (Hg.), Zigeunerverfolgung im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. Geschichte, Aufarbeitung und Erinnerung, Paderborn 2012, S. 109–116, hier: S. 114.

22 LA NRW, Abteilung Westfalen, Polizeipräsidien, Sammlung Primavesi Nr 105.

23 Högl, Widerstand (wie Anm. 12), S. 17f.

24 Ernst Söder, Dein Leben ist mehr als Arbeit. Von den Anfängen bis ins Jahr 2000. Mehr als 50 Jahre Gewerkschaftsjugend in Dortmund, Essen 2001, S. 148–150.

Damit war eine Vorentscheidung über den endgültigen Präsentationsort der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945“ gefällt worden.²⁵

2. Zur Geschichte der Ausstellung

Seit Ende der 1960er Jahre wird über die Verfolgung von politischen Gegnern und Minderheiten durch die Nationalsozialisten in der Stadt Dortmund geforscht. 1969 legte Kurt Klotzbach, ein damaliger Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine Monografie zum Thema vor.²⁶ Diese Arbeit ist bis heute ein Standardwerk. In ihrem Mittelpunkt steht der Widerstand sozialdemokratischer, linkssozialistischer und kommunistischer Gruppen in Dortmund. Zugleich wird aber auch die Bekennende Kirche untersucht und in einem Anhang die gesamte Verfolgung durch das NS-Regime beleuchtet. Detlef Schmiechen-Ackermann bezeichnete die Analyse 1998 zu Recht als „für die damalige Zeit [...] modern und innovativ“.²⁷ Dieses Werk war eine Pionierarbeit, wie auch die 1977 von Ulrich Knipping vorgelegte Monografie zur Geschichte der jüdischen Dortmunder Bevölkerung in der NS-Zeit.²⁸ Weitere umfassende historische Arbeiten zur lokalen NS-Geschichte sind jedoch bislang nicht entstanden, mit Ausnahme des von Rolf Fischer erarbeiteten Gedenkbuchs der Dortmunder Opfer der Shoah.²⁹

In Form einer Ausstellung wurde das Thema „Politischer Widerstand in Dortmund“ erstmals Anfang der 1970er Jahren durch das „Antifaschistische Seminar“ um Heinz Junge erarbeitet. Die Präsentation wurde zunächst im Dortmunder Haus der Bibliotheken gezeigt und später in einem privat angemieteten Ladenlokal in der Blumenstraße in der Nordstadt.³⁰ Einige Ausstel-

25 Högl, Widerstand (wie Anm. 12), S. 18.

26 Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus – Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie*, Hannover 1969.

27 Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialistische Herrschaft und der Widerstand gegen das NS-Regime in deutschen Großstädten. Eine Bilanz der lokal- und regionalgeschichtlichen Literatur in vergleichender Perspektive*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 38 (1998), S. 488–554, hier: S. 511.

28 Ulrich Knipping, *Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches*, Dortmund 1977.

29 Fischer, *Verfolgung* (wie Anm. 19).

30 Dank an Dieter Knippschild, der als ehemaliges Mitglied des „Antifaschistischen Seminars“ Auskunft gab.

lungsexponate finden sich noch heute in der Dauerausstellung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.

1978 beauftragte der Rat der Stadt Dortmund das Stadtarchiv, eine Ausstellung unter dem Titel „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945“ zu erstellen. Günter Högl erarbeitete mit engagierter Unterstützung ehemaliger vom NS-Staat Verfolgter die Gesamtkonzeption der Ausstellung. Diese wurde drei Jahre später erstmals im Foyer des Stadthauses der Öffentlichkeit präsentiert und stieß auf große Resonanz in der Dortmunder Bevölkerung. Anschließend wanderte eine reduzierte Fassung durch verschiedene Dortmunder Schulzentren. Bereits im November 1981 kam es zu einer Präsentation in Dortmunds Partnerstadt Netanja, später auch in Kopenhagen (1983), Wien (1984/85), Rostow am Don (1984), Amiens (1985) und Leeds (1990). Seit 1984 wurde die Hauptausstellung dauerhaft im Dortmunder Museum im Westpark gezeigt. Weit über 300.000 Besucher fanden bis 1991 den Weg dorthin.³¹

Im Juli 1987 beschloss der Rat der Stadt Dortmund, das ehemalige Polizeigefängnis in eine NS-Gedenkstätte umzuwandeln und die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945“ dort dauerhaft zu präsentieren. Die Ausstellung wurde in ihrer Grundkonzeption übernommen und um einige Themenfelder, die zu Beginn der 1990er Jahre verstärkt in den Blickpunkt der Geschichtswissenschaft gerückt waren, wie Euthanasie, Verfolgung von Sinti und Roma, Zwangsarbeit, ergänzt. Als wissenschaftlicher Berater und Mentor wirkte der Bochumer Historiker Hans Mommsen an der Konzeption und Ausführung der Ausstellung mit. Nach der Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache am 14. Oktober 1992 fanden zumeist nur noch kleinere Korrekturen an der Dauerausstellung statt, mit der Einrichtung eines zusätzlichen Raumes wurde schließlich auch die Verfolgung der Homosexuellen thematisiert. Seit 1992 haben etwa 440.000 Menschen die Dauerausstellung in der Steinwache besucht. Schülerinnen und Schüler stellen dabei die größte Gruppe dar. Über 5.600 Schulklassen aus Dortmund und der Umgebung bekamen die Ausstellungsinhalte der Gedenkstätte vermittelt. Auch ehemalige Verfolgte und deren Angehörige, die heute im In- und Ausland leben, besuchten diesen historischen Ort.

31 Högl, Widerstand (wie Anm. 12), S. 18f.

3. Überlegungen zur Stellung der Gedenkstätte Steinwache in der bundesdeutschen NS-Gedenkstättenlandschaft

In der derzeitigen Dauerausstellung ist das ehemalige Polizeigefängnis zwar der Ort der Präsentation, das dortige Geschehen während des Nationalsozialismus ist jedoch wenig berücksichtigt worden. Damit ist das eigentliche Potenzial des Ausstellungsortes bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Denn er bietet mit seiner oben skizzierten Geschichte und Dank der nahezu vollständigen baulichen Erhaltung die Möglichkeit, im Zentrum Dortmunds einen einzigartigen Erinnerungsort einzurichten. Die neue Dauerausstellung wird die Geschichte des Ortes und seiner Insassen deutlich stärker in den Mittelpunkt der Präsentation rücken. Sie wird die Steinwache als einen Ort zeigen, an dem gleichzeitig nationalsozialistische Verbrechen und „normaler“ polizeilicher Alltag stattfanden. Mehrere Schwerpunkte rücken dabei in den Vordergrund: Erstens sollen die Gesellschaftsgeschichte von Terror und Verfolgung und die Rolle der Polizei im NS-Staat am Beispiel Dortmunds beleuchtet werden. Dabei wird, zweitens, den Bereichen soziale Devianz und Kriminalität besondere Aufmerksamkeit zuteil, um die polizeiliche Praxis gegenüber sozialen Außenseitern und Kriminellen zu beleuchten und die Überschneidungen zur Verfolgung politischer Gegner und zur rassistischen NS-Gesellschaftspolitik erkennbar zu machen. Drittens soll mit einem lokalen und regionalen Fokus exemplarisch das polizeiliche Handeln und dessen gesellschaftliche Kontextualisierung in einem stark proletarisch und multikulturell geprägten Ballungsraum verdeutlicht werden.

Im Gegensatz zu den Konzentrationslagern, die zu Recht in der Erinnerungskultur zur NS-Geschichte eine besondere Bedeutung haben, waren Haftanstalten wie das Dortmunder Polizeigefängnis deutlich stärker mit ihrer unmittelbaren Umgebung verknüpft. Während KZ-Insassen im rechtsfreien Raum des Konzentrationslagers dem Terror der SS-Schergen ausgesetzt und trotz der Heterogenität ständig mit dem Tod bedroht waren, fungierte ein Polizeigefängnis wie die Steinwache in der NS-Zeit zum einen als Schnittstelle in die Terrorwelt der Konzentrationslager und weiterer Haftstätten. Zugleich aber blieb die Steinwache auch ein Ort, in dem NS-Verfolgte inhaftiert waren, die nach kurzer Haft und Gewalterfahrung wieder entlassen wurden, und in dem auch Bürger einsaßen, die aus nicht politisierten Gründen mit der Polizei in Konflikt geraten waren.

Der polizeilich organisierte NS-Terror wurde in all seinen Aspekten erstmals 2011 im Deutschen Historischen Museum in einer Sonderausstellung themati-

siert.³² Einzelne Gesichtspunkte werden zudem in verschiedenen Gedenkstätten in der Bundesrepublik aufgegriffen. Zu nennen sind hier das Berliner Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, das sich mit der Gestapo, der SS und dem Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße beschäftigt.³³ Im Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster werden in der soeben eröffneten neuen Dauerausstellung die Verbrechen der Ordnungspolizei im Zweiten Weltkrieg und die Versuche der Aufarbeitung in der Nachkriegszeit präsentiert.³⁴ Die Dauerausstellung in der ehemaligen Gestapo-Zentrale in Köln, im sogenannten EL-DE-Haus, widmet sich der lokalen Geschichte Kölns zwischen 1933 und 1945.³⁵

Damit stehen zwar auch in diesen Gedenkstätten Aspekte der NS-Polizeigeschichte im Zentrum der Darstellung, jedoch beschränken sich die Präsentationen zumeist auf Teilbereiche der Polizei. Das Zusammenwirken der verschiedenen Polizeigliederungen bleibt in der Regel im Hintergrund. Die Steinwache als Polizeigefängnis wurde hingegen von allen Polizeiorganen genutzt. Die überlieferten Haftbücher und Ermittlungsakten zeigen das alltägliche Neben- und Miteinander von Schutzpolizei, Kripo, Gestapo und unterschiedlichen Hilfspolizeiformationen. Sie berichten über die polizeiliche Zusammenarbeit mit Gliederungen der NSDAP, lokalen Behörden, Unternehmen und der Bevölkerung insgesamt. Es fanden Verhaftungen statt, um die politische Herrschaft zu sichern, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuhalten und die rassistische Gesellschaftspolitik der Nationalsozialisten umzusetzen. Dabei fielen in nicht wenigen Fällen alle drei Inhaftierungsgründe zusammen. Die Entscheidung über die konkrete Einordnung der Häftlinge lag dabei in der Regel in der Verantwortung des Polizisten vor Ort. Er entschied – innerhalb seines nicht geringen Handlungsspielraums – über das Schicksal des einzelnen Häftlings. Gerade die vorhandenen Kontinuitäten und Veränderung polizeilicher Arbeit im Laufe des NS-Regimes können anhand der überlieferten Fälle deutlich gemacht werden.

Das ehemalige Dortmunder Polizeigefängnis ist bundesweit zwar nicht der einzige, aber der mit Abstand größte und am besten erhaltene historische po-

32 Vgl. Deutsche Hochschule der Polizei Münster u.a. (Hg.), *Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat*, Dresden 2011.

33 Vgl. Stiftung Topographie des Terrors (Hg.), *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße. Eine Dokumentation*. Katalogband zur gleichnamigen Präsentation, Berlin 2010.

34 Vgl. <<http://www.stadt-muenster.de/villa-ten-hompel/geschichtsort/dauerausstellung.html>> (29.7.2015).

35 Vgl. NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hg.), *Köln im Nationalsozialismus. Ein Kurzführer durch das EL-DE-Haus*, Köln 2011.

lizeiliche Haftort aus der NS-Zeit. Einzelne Gefängniszellen werden auch in den Gedenkstätten Zellentrakt in Herford,³⁶ der Dokumentationsstätte Gefangenenhaus Ostertorwache in Bremen³⁷ und der Ge-Denk-Zelle im Alten Rathaus Lüdenscheid³⁸ für kleinere Ausstellungen genutzt, wobei der Fokus dieser Ausstellung fast ausschließlich auf den Gräueltaten der Gestapo liegt. Ein komplettes ehemaliges Polizeigefängnis kann neben der Steinwache nur in Frankfurt am Main besichtigt werden. Das dortige Polizeigefängnis Klapperfeld dient jedoch in erster Linie als alternatives Kulturzentrum. Im Keller befindet sich eine kleine, improvisierte Ausstellung, die an die 115-jährige Nutzung des Hauses durch die Polizei erinnert.³⁹ Andere Orte, an denen sich heute Gedenkstätten befinden, wurden – anders als die Steinwache – nicht vom ersten bis zum letzten Tag der NS-Herrschaft genutzt. Es handelt sich häufig um ehemalige Polizeihaft- und Sonderlager, die erst während des Krieges errichtet wurden und in Zusammenhang mit dem Zwangsarbeitereinsatz stehen. Zu nennen sind hier etwa die Gedenkstätte Gestapo-Lager Neue Bremm in Saarbrücken,⁴⁰ das SS-Sonderlager/KZ Hinzert,⁴¹ die Gedenkstätten Gestapo-Keller und Augustaschacht in Osnabrück⁴² und die Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen.⁴³

Im Gegensatz zu den meisten dieser Orte lag das Polizeigefängnis Steinwache nicht abgeschieden, sondern mitten im größten Ballungsraum des Deutschen Reiches. Das Geschehen in der Steinwache macht daher exemplarisch Aspekte der spezifischen Ausprägungen des Nationalsozialismus in einer stark proletarisch und transkulturell geprägten Großstadt deutlich. In der neuen Dauerausstellung ist insbesondere für die ersten Jahre der NS-Herrschaft der politische Widerstand aus der Arbeiterschaft zentral, ein Thema, das in vielen Gedenkstätten in den letzten Jahren in den Hintergrund gerückt ist.

36 Vgl. <<http://www.zellentrakt.de/zellentrakt/gedenkstaette.html>> (29.7.2015).

37 Vgl. <<http://www.erinnernfuerdiezukunft.de/doku/>> (29.7.2015).

38 Vgl. Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid e.V. (Hg.), Gedenken und Weiterdenken. Begleitbuch zur Ausstellung Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid, Lüdenscheid 2014.

39 Vgl. <<http://www.klapperfeld.de/de/ausstellung.html>> (29.7.2015).

40 Vgl. Elisabeth Thalhofer, Neue Bremm – Terrorstätte der Gestapo. Ein Erweitertes Polizeigefängnis und seine Täter 1943–1944, St. Ingbert ³2004.

41 Vgl. Uwe Bader/Beate Welter, Das SS-Sonderlager/KZ Hinzert; in: Wolfgang Benz/Barbara Distel, Ort (wie Anm. 17), Bd. 5, München 2007, S. 17–42.

42 Vgl. <<http://www.gedenkstaetten-augustaschacht-osnabrueck.de/Index/>> (29.7.2015).

43 Vgl. Gunnar Richter, Die Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen bei Kassel. Ein Leseheft, Kassel ³2002.

4. Inhaltliche Leitlinien einer neuen Dauerausstellung

Die in ihrem Kern 34 Jahre alte derzeitige Dauerausstellung der Steinwache „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945“ folgt einem Narrativ, das in der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den 1970er und 1980er Jahren entwickelt wurde. Der Begriff „Widerstand und Verfolgung“ impliziert eine Sicht auf die NS-Herrschaft, die den Konflikt mit denen in den Mittelpunkt stellte, die sich der Herrschaft nicht anpassen wollten oder zu einer jener Gruppen gehörten, die aus „sozialhygienischen“, rassistischen oder antisemitischen Gründen verfolgt wurden. Dieser Blick auf die NS-Geschichte war in den 1980er und 1990er Jahren progressiv und erfuhr in den Medien überregionale Beachtung.⁴⁴ Doch haben sich in den letzten 30 Jahren der Forschungsstand und der erinnerungspolitische Kontext so stark verändert, dass die Leerstellen in der derzeitigen Ausstellung nicht mehr zu übersehen sind. Die NS-Forschung hat sich seit der Jahrtausendwende stark der Frage nach der gesellschaftlichen Teilhabe an der nationalsozialistischen Politik gewidmet. Vor allem unter dem Begriff „Volksgemeinschaft“ kam es zu einer vehement geführten wissenschaftlichen Debatte.⁴⁵ Wie sich die Frage nach der das NS-Regime tragenden Mehrheitsgesellschaft mit dem Terrorsystem der Nationalsozialisten verbinden lässt, ist allerdings noch weitgehend ungeklärt. Das ehemalige Polizeigefängnis Steinwache als Schnittstelle zwischen dem reichsweiten Terrorsystem und dem Stadtraum Dortmunds bietet hier die Möglichkeit, unter Berücksichtigung der gesamten Bandbreite polizeilichen Handelns und für die Dauer der NS-Herrschaft eine exemplarische Gesellschaftsgeschichte von Terror und Verfolgung zu erzählen.

Hierfür ist es unumgänglich, das polizeiliche Handeln in Dortmund und das damit verbundene Geschehen in der Steinwache in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen. Dabei sollen drei Leitlinien in den Fokus genommen werden, um ein besseres Verständnis der nationalsozialistischen Vergangenheit zu erreichen und, ganz im Sinne von Volkhard Knigges „begreifende[m] Lernen an Geschichte und historischen Erfahrungen im Sinne einer Selbstaufklärung über

44 Vgl. dazu Andreas Rossmann, Der vorletzte Kreis der Hölle. Gestapo-Folterkammer: Gedenkstätte Steinwache, in: FAZ vom 9.11.1992, jetzt auch in: ders., Der Rauch verbindet die Städte nicht mehr. Ruhrgebiet: Orte, Bauten, Szenen, Köln 2012, S. 37–41.

45 Vgl. dazu Janosch Steuer, Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Archiv für Sozialgeschichte 53 (2013), S. 487–534.

das, was man besser nicht tut, wenn Gesellschaften ihre Zivilität, ihre humane Substanz nicht verlieren sollen“,⁴⁶ zu fördern.

Zunächst einmal muss ein umfassender Blick auf die zwischen 1933 und 1945 im Polizeigefängnis Steinwache inhaftierten Personen geworfen werden. Neben den bisher schon berücksichtigten Häftlingen der Gestapo soll künftig die Gleichzeitigkeit der Inhaftierung unterschiedlicher Häftlingsgruppen deutlich gemacht werden. Es ist danach zu fragen, welche Personen aus welchen Gründen, zu welchen Zeitpunkten und in welchen Kontexten hier inhaftiert wurden. Wie wurden sie in der Steinwache behandelt und wurden sie aus dem Polizeigefängnis entlassen oder in andere Haftanstalten und Konzentrationslager überstellt? Wann stellen welche Häftlingsgruppen die Mehrheit? Die Antworten auf diese Fragen verdeutlichen die Funktion der polizeilichen Arbeit im Sinne des NS-Staates, der im Laufe der Zeit auch selbst einem Wandel unterworfen war, z.B. bei den klassischen Aufgaben der Polizei wie der Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, die peu à peu von nationalsozialistischen Gesellschaftsvorstellungen durchdrungen wurden. Deshalb ist das immer noch weit verbreitete Bild von Gestapo und SS als alleinigen Akteuren nationalsozialistischer Verfolgung im Reich nicht zu halten. Vielmehr waren auch die anderen Gliederungen der Polizei, auch wenn sie vordergründig ihre traditionelle polizeiliche Arbeit fortführten, im konkreten Handeln nach der NS-Ideologie ausgerichtet. So entsteht ein vollständiges und differenziertes Bild der Polizeiarbeit im Nationalsozialismus in einem exemplarischen Stadtraum. Dies zu beschreiben ist nur möglich, weil die Haftbücher der Steinwache, in denen sämtliche Häftlingsein- und -ausgänge verzeichnet sind, im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen nahezu vollständig erhalten sind.⁴⁷ Anhand dieser Quellen kann für Dortmund über die gesamte Dauer der NS-Herrschaft ein umfassendes Register polizeilicher Festnahmen erstellt werden. Zu diesem Zweck wurden die Haftbücher in eine Datenbank eingegeben, so dass die darin enthaltenen persönlichen Angaben sowie die Informationen über den Haftgrund und über den weiteren Werdegang der Häftlinge statistisch auswertbar sind. Auf diese Weise lassen sich die soziale Zusammensetzung der Häftlinge und die Veränderungen deutlicher als je zuvor bestimmen.⁴⁸

46 Volkard Knigge, Erinnerung oder Geschichtsbewusstsein? Warum Erinnerung alleine in eine Sackgasse für historisch politische Bildung führen muss, in: Gedenkstättenrundbrief 172 (12/2013), S. 3–15, hier S. 10.

47 LA NRW, Abteilung Westfalen, B 131 Do., Nr. 1426–1457.

48 Die erste und bisher einzige „statistische“ Auswertung der Haftbücher der Steinwache findet sich bei Klotzbach, Nationalsozialismus (wie Anm. 26), S. 242f. Hier werden

Eine zweite Leitlinie soll den Blick auf die Steinwache als zentrale Schnittstelle zwischen dem lokalen Stadtraum und dem reichsweiten Terrorsystem werfen. Für viele Häftlinge war die Steinwache nur die erste Station eines langen Leidenswegs durch unterschiedliche Haftorte im gesamten nationalsozialistischen Herrschaftsbereich. Die Ausstellung will daher die räumlichen Zusammenhänge zwischen den „Orten des Terrors“, wie etwa die weit entfernten Konzentrationslager Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald, und dem lokalen Stadtraum Dortmund aufzeigen und damit die unmittelbare Nähe nationalsozialistischer Verfolgung zum heutigen Wohn- und Lebensbereich veranschaulichen. Dem weitverbreiteten Eindruck, die Verfolgung durch die Nationalsozialisten sei jenseits des eigenen Lebensumfeldes, insbesondere in heute polnischen und weißrussischen Gebieten, geschehen, soll somit entgegengetreten werden. Anhand ausgewählter Fälle aus Dortmund lassen sich die über die Steinwache führenden Wege unterschiedlicher Verfolgtengruppen in die Zentren des NS-Terrors nachzeichnen. Neben den Haftbüchern sind hier die Sammlung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, die Justizbestände des Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen, die ebenfalls dort befindlichen Bestände der Wiedergutmachungsämter⁴⁹ und die Häftlingsakten in den jeweiligen KZ-Gedenkstätten wichtige Quellen. Mittels der in diesen Akten als Briefe oder Eingaben in großer Zahl überlieferten Selbstzeugnisse der Häftlinge kann die Perspektive dieser Personen eingenommen werden. Sie ermöglichen es, ihr Schicksal durch das nationalsozialistische Terrorsystem zu verfolgen. Dies eröffnet emphatische Zugänge zum Thema und hat eine wichtige „identitätsrestituierende Funktion“,⁵⁰ mit der entgegen der auf Unkenntlichmachung ausgerichteten nationalsozialistischen Verfolgungspraxis die spezifische Geschichte Einzelner wieder sichtbar gemacht werden kann.

Die dritte Leitlinie soll die zeitgenössische Wahrnehmung der Steinwache und die gesellschaftliche Beobachtung von polizeilichen Verfolgungsmaßnahmen durch die Stadtgesellschaft klären. Die Steinwache war mit ihrer zentralen, innenstadtnahen Lage eine in der Region bekannte Einrichtung. Ein Teil der nationalsozialistischen Verfolgung in der Stadt vollzog sich somit bewusst in der Öffentlichkeit. Dies zwang die Bevölkerung, sich zum Verfolgungsgesche-

in zwei Tabellen die „Inhaftierungen“ und die „Berufsgruppenstruktur des aus politischen Gründen inhaftierten Personenkreises“ dargestellt.

49 Zu den für die neue Dauerausstellung relevanten Beständen des LA NRW, Abteilung Westfalen, gibt es im Stadtarchiv Dortmund umfangreiche Archivberichte von Henning Borggräfe, Markus Günnewig und Hanne Lessau.

50 Katja Köhr, Die vielen Gesichter des Holocaust. Museale Repräsentation zwischen Individualisierung, Universalisierung und Nationalisierung, Göttingen 2012, S. 160.

hen zu verhalten. Indem die neue Ausstellung sowohl den Widerständigen als auch den Zuschauer und den dem Polizeiapparat freiwillig Zuarbeitenden, aber auch die öffentliche Wahrnehmbarkeit von Verhaftungen, öffentlichen Demütigungen und Haftaufenthalt in den Blick nimmt, macht sie die unmittelbaren Wohnumfelder als Orte aus, „wo die gesellschaftliche Ausgrenzungspraxis konkret wurde“.⁵¹ Dies ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der nationalsozialistischen Verfolgungspraxis: Sie wird nicht nur auf staatlichen Zwang und polizeiliches Handeln reduziert, sondern die gesellschaftliche Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten und das dem Staat zuarbeitende Handeln nicht weniger Personen werden bewusst gemacht. Folglich werden nicht nur Reflexionen über das staatliche Handeln, sondern auch über individuelle Verantwortlichkeit und das Verhalten im Alltag herausgefordert, insbesondere durch Themen wie Kriminalitäts- und Devianzbekämpfung. Dadurch eröffnen sich vielfältige Möglichkeiten, insbesondere Gruppen mit stark unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen unmittelbar anzusprechen und das Thema Nationalsozialismus lebensnah zu diskutieren. Das spezifische Geschehen in der Steinwache zwischen 1933 und 1945 bietet somit auch die Möglichkeit, das eigene Verhalten und die Vorurteile gegenüber Menschen anderer Herkunft und sexueller Orientierung, aber auch soziale Nonkonformität in der Migrationsgesellschaft einer bundesdeutschen Großstadt zu reflektieren.

Vermittelt werden soll dies anhand einer Vielzahl von Einzelfallakten, die das jeweilige spezifische Handeln der Polizeibeamten, anderer Behördenmitarbeiter, Nachbarn, Arbeitskollegen und der restlichen Bevölkerung dokumentieren. Die vom NS-Staat bewusst öffentlich sichtbar gemachte Verfolgungspolitik vor Ort, deren Inszenierung und die Aufforderung an die Öffentlichkeit zum Mitmachen sollen darüber hinaus durch eine systematische Auswertung der Dortmunder Lokalzeitungen veranschaulicht werden, die derzeit erarbeitet wird. Die Kombination der drei Leitlinien eröffnet somit einen mehrdimensionalen Zugang zur Geschichte des Polizeigefängnisses Steinwache. Es soll ein umfassendes Verständnis des historischen Orts und des nationalsozialistischen Verfolgungssystems mitsamt seiner gesellschaftlichen Einbindung im Stadtraum Dortmund vermittelt werden. Auf diese Weise bietet die Ausstellung die Möglichkeit, über das Verständnis der Vergangenheit hinaus auch gegenwärtige Formen staatlicher Eingriffe und das eigene individuelle Verhalten zu reflektieren.

51 Habbo Knoch, Mehr Wissen und mehr Recht: Koordinaten einer zukünftigen Erinnerungskultur. Eine Replik auf Harald Welzer, in: Gedenkstättenrundbrief 163 (10/2011), S. 3–11, hier S. 7.

